

Zehn Jahre Sozialwort

Von Dr. Hermann-Josef Große Kracht

Tagung »Sozialethik als politische Kraft – Kirchliche Stellungnahmen 10 Jahre nach dem Gemeinsamen Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage«, Evangelische Aka-

demie zu Berlin, 22./23. 3. 2007. Der Autor ist am Institut für Christliche Sozialwissenschaften der Universität Münster tätig.

1. In zehn Jahren kann viel passieren

Zehn Jahre sind in diesen Zeiten eine lange Zeit; und so ist es nicht vermessen, wenn man schon im Jahr 2007 das ‚Jubiläum‘ des im Frühjahr 1997 erschienenen ‚Gemeinsamen Wortes‘ der beiden christlichen Großkirchen ‚zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland‘ begeht. Dieser unter den programmatischen Titel *Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit* stehende Text¹ hatte sich mit Nachdruck für ‚soziale Gerechtigkeit‘ und den schon damals angefeindeten Sozialstaat stark gemacht und seinerzeit für erhebliches Aufsehen gesorgt. Und nicht wenige Beobachter sind bis heute davon überzeugt, dieses ‚Wort‘ trage für die Debatte um die ‚Gerechtigkeitslücke‘ in Deutschland und die damit verbundene Abwahl Helmut Kohls im Jahre 1998 eine klare Mitverantwortung.

Zehn Jahre sind eine lange Zeit, in der viel passieren kann. Es ist noch nicht lange her, da rief eine große Volkspartei in freudiger Erregung das Projekt eines grundlegenden Systemwechsels aus. Man verkündete feierlich, den behäbigen Sozialstaat hinter sich zu lassen. Stattdessen wollte man schnurstracks aufbrechen in eine dynamische Marktgesellschaft, die allen eine ‚neue Gerechtigkeit‘ der Chancen und der Freiheit verheißt und nicht mehr auf übertriebene Solidarität, sondern auf ‚Vorfahrt für Eigenverantwortung‘ setzt. Die Begeisterung über dieses Projekt nahm kein Ende, zumal der politische Gegner auf der Regierungsbank über keinerlei Gegenprogramm verfügte. Das war in Leipzig im Dezember 2003.

Aber die große Volkspartei hatte sich kaum richtig zu Ende begeistert, da erlebte Leipzig schon sein Waterloo. Das war im September 2005. Nun sah sich das große Projekt ‚Systemwechsel‘ von den störrischen Wahlbürgern gründlich ausge-

bremst. Das Tor stand zwar, wie Friedrich Merz jüngst bemerkte, sperrangelweit offen, und ein gegnerischer Torwart war nirgends in Sicht. Dennoch hat man den Elfmeter nicht versenkt, sondern versemelt. Seitdem nimmt die Ratlosigkeit kein Ende, und eine großkoalitionäre Schockstarre lähmt die letzten Kräfte.

Eine solche Ernüchterung schafft jedoch auch neue Freiräume, um noch einmal in Ruhe darüber nachzudenken, ob Deutschlands Zukunft nicht doch aus eigenen Kräften zu gewinnen sei, ob sich das bisher so schroff verurteilte bundesrepublikanische Wirtschafts- und Sozialmodell in der globalisierten Welt nicht doch als überraschend leistungsfähig erweist, und wieso man eigentlich auf die merkwürdige Idee verfallen konnte, ausgerechnet mit einer künstlich oktroyierten Kopie des ohnehin schon wenig erfolgreichen angloamerikanischen *way of capitalism* als Standort und Nation Karriere machen zu können.

Ob die Kirchenleitungen den seit der Bundestagswahl vom September 2005 bestehenden Bedarf an einer neuen wirtschafts- und sozialpolitischen Nachdenklichkeit schon erkannt haben, ist fraglich. In den letzten Jahren rufen sie jedenfalls nicht mehr – wie noch vor zehn Jahren – dazu auf, die alten Stärken des Sozialstaates neu zu entwerfen, obwohl dies heute nicht weniger dringlich, dafür aber vielleicht aussichtsreicher als im Jahr 1997 ist. Stattdessen stimmen die Stellungnahmen der Kirchenleitungen gegenwärtig gerne in das längst überstrapazierte und analytisch wenig ergiebige Klagelied über die überbordende Anspruchsmentalität bundesdeutscher Sozialpolitik ein. Sie treten dem Abgesang auf den einst gerade von ihnen miterkämpften Sozialstaat heute – anders als 1997 – nur noch zaghaft

entgegen. Stattdessen stimmen sie mehr oder weniger differenz- und profillos ein in den bis 2005 dominanten Ruf nach ‚mehr Markt und weniger Staat‘, nach ‚mehr Eigenverantwortung und weniger Solidarität‘ – und vergessen darüber ihre eigenen, einst so starken und nach wie vor aussichtsreichen sozialetischen Traditionsbestände. Wenn man ehrlich ist, haben sie in den letzten Jahren nicht viel mehr zu bieten als die berühmt-berüchtigte ‚Runde bei Sabine Christianen‘. Und auch die hat sich ja bekanntlich schon überlebt.

Zehn Jahre sind in diesen Zeiten wirklich eine lange Zeit. Die Leitungen der großen christlichen Kirchen, die seit Jahrhunderten nicht gerade zum schnellen Umdenken neigen, haben in dieser Zeit einen formidablen Mentalitätswandel hingelegt: weg von einer klaren Option für den alten Sozialstaatskompromiss hin freilich nur zu einer neuen Unbeholfenheit, in der sich fremdeingeredete Sozialstaatsvorbehalte mit einem selbstverschuldeten Traditionsverlust zu einer wenig inspirierten Stellungnahmen-Melange verquicken, mit der sie heute kaum noch wahrgenommen werden. Wer aber meint, den Kirchen sei im letzten Jahrzehnt doch immerhin ein echter ‚Modernisierungsschritt‘ gelungen, weil sie nun aus den seligen Träumen des altbundesrepublikanischen Wohlstandsschlaraffias erwacht seien und Anschluss an die harten Gegenwartsrealitäten und

die marktliberalen Reformdebatten suchten, was doch zu begrüßen sei, muss sich heute fragen lassen, ob diese Reformdebatten ihre Zukunft nicht schon hinter sich haben. Der marktliberale Frontalangriff auf die historisch eingelebte und – allen Unkenrufen zum Trotz – in ihrer sozio-ökonomischen *performance* nach wie vor erfolgreiche Wirtschafts- und Sozialstruktur der Bundesrepublik war theoretisch ohnehin noch nie wirklich überzeugend, und er ist mittlerweile auch politisch gescheitert. Seit September 2005 kann man jedenfalls wissen, dass dringend neue Diskurse gefragt sind, die sich von marktfixierten Reformkonzepten emanzipieren und ihre Aufmerksamkeit darauf richten, die spezifischen Stärken und die bisher unterschätzte Produktivität der europäischen Wirtschafts- und Sozialmodelle neu zur Geltung zu bringen.

Es bleibt zu hoffen, dass die Kirchen ihre neue mentale Beweglichkeit in Fragen der Sozialpolitik dazu nutzen, um in diesen, heute anstehenden Debatten mit ihrer eigenen Stimme und auf der Basis ihrer eigenen Traditionen deutlich mitzureden. Zu befürchten ist allerdings, dass die Kirchen auch in den nächsten Jahren noch auf der von ihnen erst kürzlich erlernten Partitur marktliberalen Denkens weiterspielen werden; und dadurch – auch wenn sie sich nun für so richtig *up to date* halten – schon wieder zu spät dran sind.

2. Vorfahrt für Eigenverantwortung?

Wenn die Kirchen ihre Sozialethik als politisch-moralische Kraft einbringen wollen, dann müssen sie sich vor allem in normative Grundsatzdebatten einmischen. Sie müssen mitreden bei der Frage, in welcher Gesellschaft wir eigentlich leben wollen und was wir heute unter Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verstehen können. Sie haben sich einzumischen, wenn es etwa um die Frage geht, ob wir im Sozialstaat der Zukunft nicht ‚mehr Eigenverantwortung‘ und ‚weniger Solidarität‘ haben wollen. Denn im marktliberalen Diskurs gibt es nicht wenige, die die klassische Subsidiaritätsforderung heute uminterpretieren möchten, weg vom Prinzip der ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘ hin zur ‚Vorfahrt für Eigenverantwortung‘; eine Tendenz, die sich auch in den sozialpolitischen Stellungnahmen der Kirchen zunehmender Beliebtheit erfreut.

Wer keine Eigenverantwortungsbereitschaft zu erkennen gibt, habe auch keinen Anspruch auf die Solidarität der anderen, wird in diesen Dis-

kursen gerne behauptet. Denn die Bereitschaft der Besserverdienenden zur Solidarität mit den Schwächeren werde sich auf die Dauer nur in dem Maße mobilisieren lassen, wie die Hilfspfänger diese Bereitschaft nicht einfach ausnutzen, sondern als Ansporn zur Eigenverantwortung verstehen. Wer keine Eigenverantwortung unter Beweis stellt, solle deshalb den Anspruch auf solidarische Unterstützung durch die Gemeinschaft verlieren. Das hieße dann: wenn die Eigenverantwortungsbereitschaften abnehmen, sollten auch die Solidaritätsbereitschaften abnehmen, obwohl doch jeder Sozialarbeiter weiß, dass die meisten Menschen, die keine Leistungen in Sachen Eigenverantwortung erbringen, auf die solidarische Unterstützung der Gemeinschaft – nicht nur auf monetäre, sondern auch und vor allem auf pädagogisch-therapeutische Hilfe zur Selbsthilfe – besonders angewiesen sind; und sei es ‚nur‘, um das verschüttete Selbstvertrauen, ohne das niemand zu tragfähiger Eigenverantwortung in der Lage ist,

behutsam wieder zu entdecken und neu zu kultivieren. Wenn aber umgekehrt die Eigenverantwortungsleistungen, wie erwünscht, zunehmen, dann wird Solidarität offensichtlich zunehmend überflüssig. Sie wird dann ja immer weniger gebraucht, kann sich zurückziehen und im Leben der Menschen der Eigenverantwortung wieder jenen Platz einräumen, der ihr ohnehin zusteht.

Wie man es auch dreht und wendet: in einer solchen Wahrnehmung scheint die Solidarität gegenüber der Eigenverantwortung immer die schlechteren Karten zu haben. Man ist offensichtlich gut beraten, das solidarische *Gutmenschentum* doch besser beiseite zu lassen – es sei denn, man möchte gerne, dass möglichst viele Menschen zur Eigenverantwortung unfähig sind und dies auch dauerhaft bleiben. Wer aber nicht einem derartigen Helfersyndrom verfallen will, müsste am Ende, so scheint es, wohl zu dem Ergebnis kommen: *Klare Vorfahrt für Eigenverantwortung* – und Solidarität nur als vorübergehende Notlösung für die ‚wirklich Bedürftigen‘; für die, die auch beim besten Willen nicht in der Lage sind, sich selbst zu helfen.

Diesem Ergebnis wird man kaum entkommen können, wenn man Eigenverantwortung und Solidarität so versteht, wie sie im *mainstream* der heutigen Sozialstaatsdebatte verstanden werden. *Solidarität* scheint hier nur ein Synonym für freiwillige Hilfsbereitschaft zu sein. Sie erscheint als ein verletzliches Gefühl mitmenschlicher Anteilnahme, das man auf keinen Fall überstrapazieren oder leichtfertig in Anspruch nehmen darf, wenn man dieses zarte Pflänzlein menschlicher Empfindungsfähigkeit nicht gefährden will. *Eigenverantwortung* dagegen erscheint hier als *die* zentrale Kategorie menschlicher Autonomie, als Synonym für individuelle Selbständigkeit und personale Würde. Wer seine Eigenverantwortung nicht bis zum letzten wahrnimmt, sondern nach Solidarität und Hilfe schießt, ist dann nicht nur potenziell ein ‚schmarotzender‘ Sozialbetrüger, der sich an der Solidaritätsbereitschaft anderer vergreift, sondern auch jemand, der seiner Würde als Mensch nicht gerecht wird. Deshalb sei schon im Namen der Menschenwürde alles daranzusetzen, unbedingte ‚*Vorfahrt für Eigenverantwortung*‘ einzuräumen, und diese solange einzufordern, wie der Einzelne das Stadium absoluter Not und Hilflosigkeit noch nicht erreicht hat.

3. Freie Bürgergesellschaft der individuellen Chancen?

Im Hintergrund dieser Wahrnehmung von Solidarität und Eigenverantwortung steht deutlich erkennbar das individualistische Programm des ‚Hilf dir selbst, dann hilft dir Gott‘. Dieses Programm ist insbesondere durch die neokonservative Sozialstaatskritik in der USA seit den späten 1970er Jahren wieder prominent geworden. Es ruft erneut den vorindustriellen Gründungsmythos von unabhängigen *selfmademan* an; und auch wenn der Weg vom ‚Tellerwäscher zum Millionär‘ heute viel mühsamer ist als früher, soll es dabei bleiben: im *land of the free* soll sich jeder durch Leistung und harte Arbeit zu einem mindestens bescheidenen Wohlstand hocharbeiten können. Selbstverdienter, eigenverantwortlich erworbener Reichtum ist deshalb, wenn auch vielleicht nicht mehr wie früher unmittelbar als Zeichen göttlicher Erwählung, so doch nach wie vor ohne Neid und Missgunst anzuerkennen und vor sozialstaatlichen Umverteilungsambitionen zu schützen. Not und Armut gelten als persönliches Versagen und moralische Schwäche, die durch staatliche Wohlfahrtsschecks nur noch zusätzlich angestachelt werden. Radikaler Abbau sozialstaatlicher Leistungen und eine ernsthafte Zustimmung der harten Selbstständigkeitsschule des

Arbeitsmarktes ist dann die einzig richtige sozial-ethische Devise.

Dieser Arbeitsmarkt macht es den Einzelnen zwar nicht leicht; demjenigen, der sich dort zu behaupten vermag, vermittelt er aber das erhebende Gefühl von selbsterworbener und selbsterarbeiteter Würde, von Freiheit und Unabhängigkeit, eben von aktiver Eigenverantwortung, die ihn vom Makel der Abhängigkeit, der Hilfsbedürftigkeit befreit. *workfare* statt *welfare* ist dann moralisch geboten, und eine Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, die dies nicht konsequent umsetzt, verdient strengsten Tadel.

Am Horizont erscheint hier das Leitbild einer freien Bürgergesellschaft der individuellen Chancen und der persönlichen Unabhängigkeit, die auf Eigeninitiative und privater Vorsorge gründet, wachsende soziale Ungleichheiten nicht länger skandalisiert und den notwendigen sozialen Zusammenhalt nicht mehr über gesetzliche Sozialversicherungen und steuerfinanzierte Staatsleistungen, sondern nur noch über Caritas, Philanthropie und bürgerschaftliches Engagement gewährleistet sehen will.

4. Solidarität: nicht nur Tugend, sondern vor allem Tatsache

Ist aber diese Wahrnehmung von Eigenverantwortung und Solidarität für unsere modernen Massengesellschaften überhaupt plausibel? Ein striktes Gegenüber von ‚Eigenverantwortung‘ und ‚Fremdverantwortung‘, von ‚Individuum‘ und ‚Staat‘ war für das liberale Denken der europäischen Aufklärung des 18. Jahrhunderts konstitutiv und eine dringende Notwendigkeit im Kampf gegen fürstenstaatlichen Absolutismus. Dass ein solcher Dualismus aber auch für die Bedingungen der industrialisierten, hoch arbeitsteilig organisierten Massendemokratien der Gegenwart noch angemessen ist, müsste erst noch aufgezeigt werden. Vor allem aber muss man in diesem Zusammenhang auch die Kategorie der Solidarität noch genauer klären.

Der politische Begriff der Solidarität (*solidus*: dicht, fest, solide) stammt aus dem Frankreich des 19. Jahrhunderts. Er verdankt sich nicht nur der aufkommenden Arbeiterbewegung, sondern auch der neu entstehenden Wissenschaft von der Gesellschaft, der Soziologie. Und er sollte über diese Traditionslinie überraschender Weise auch Eingang in die katholische Soziallehre finden. Seitdem kann man von laizistischen Soziologen wie Auguste Comte und Emile Durkheim, aber auch von deutschen Jesuiten wie Heinrich Pesch und Oswald von Nell-Breuning lernen, dass Solidarität nicht nur eine moralische Tugend, sondern auch eine soziale Tatsache ist, dass es gleichsam ein ‚soziologisches Gesetz der Solidarität‘ gibt. Dieses ‚Gesetz‘ beschreibt die zunehmende Dichte und Komplexität hocharbeitsteilig organisierter Massengesellschaften, in denen die Menschen ‚zu gleicher Zeit persönlicher und solidarischer‘ (Durkheim) werden. Denn mit zunehmender Ausbildung spezialisierter Berufe und Professionen kommt es nicht nur zu einem bisher unbekanntem Wohlstand der Gesellschaft, sondern auch zur massenhaften Ausbildung indivi-

dueller Persönlichkeiten, zur Entdeckung der Freiheit und Autonomie des modernen Individuums. Die Menschen werden dabei aber nicht nur immer ‚persönlicher‘, sondern – ob sie wollen oder nicht – zugleich auch immer abhängiger voneinander, immer dichter und fester miteinander verstrickt, d.h. immer ‚solidarischer‘. Denn in einer hoch arbeitsteiligen Massengesellschaft ist niemand mehr autark. Niemand kann mehr allein von seiner Scholle, allein von seinen privaten Produktionsmitteln, allein von seiner eigenen Hände Arbeit leben. Aber nur durch diesen Verlust an Autarkie und Unabhängigkeit gewinnt er die Chance zur individuellen Entfaltung seiner Persönlichkeit, zur Kultivierung seiner Fähigkeiten und Talente, was ihm eben erst in einer Massengesellschaft mit hochentwickelter Arbeitsteilung möglich wird.

Das ‚Gesetz der Solidarität‘ bringt genau diese – für individualistisch-liberale Gesellschaftskonzeptionen so störende – Einsicht zur Sprache: in arbeitsteiligen Wohlstandsgesellschaften kann niemand mehr sein Glück für sich alleine machen, mag er sich auch noch so bemühen; vielmehr gilt nun: ‚wir sitzen alle in einem Boot‘ (Nell-Breuning), ob wir wollen oder nicht. Und auch wenn aus dem Aufweis der Faktizität eines solchen Interdependenzzusammenhangs allein noch keinerlei moralisches Sollen folgt und in diesem Sinne einzuräumen ist, dass weder Durkheims Soziologismus noch die Naturrechtsteologie der klassischen katholischen Soziallehre von den Aufgaben einer explizit *sozialethisch* ansetzenden Sozialstaatsbegründung dispensiert, so ist doch unübersehbar, dass allein schon das neu entdeckte Wissen um dieses ‚Gesetz der Solidarität‘ die eingespielten Reflexionsmuster der politischen Philosophie unter einen neuen sozialethischen Lerndruck setzt oder zumindest setzen sollte.

5. ‚Erstverantwortung in der Solidarität‘ im Rahmen eines ‚integrativen‘ Sozialstaates

Wenn also dieses ‚Gesetz der Solidarität‘ gilt, und wenn sich Solidarität als Moralprinzip entsprechend ausweisen lässt, dann lässt sich die Eigenverantwortung nicht länger gegen die Solidarität in Stellung bringen, sondern nur noch als ‚Erstverantwortung in der sozialen Solidarität‘ entfalten.

Unterschlägt man die Faktizität dieses Solidarzusammenhangs, gerät man in die Gefahr, das

Komplexitätsniveau moderner Gesellschaften zu unterschreiten und erneut den überlebten Mythos vom ökonomisch unabhängigen *selfmade*-Individuum anzurufen. Von Eigenverantwortung zu reden, darf deshalb nicht dazu führen, auf die marktliberalen Reformprojekte ‚weniger Staat‘, ‚den Leuten mehr Geld zur Eigenvorsorge in der Tasche lassen‘ und ‚nur den wirklich Bedürftigen aus Steuermitteln helfen‘ zu setzen. Denn wer staatliche Leistungen in bildungs-, gesundheits-

und sozialpolitischen Belangen zurückführen und möglichst weite Bereiche des gesellschaftlichen Lebens dem Markt und den privaten Präferenzen der Individuen überantworten will, fördert damit zwangsläufig die sozialen Spannungen zwischen Mittel- und Unterschichten. Er trägt sehenden Auges dazu bei, dass sich in den steuerzahlenden Mittelschichten, die sich dann nicht mehr als Mitprofiteure, sondern nur noch als Umverteilungsverlierer, als Nettozahler staatlicher Sozialpolitik verstehen können, ein zunehmender Unwille gegenüber den Unterschichten breit macht, die nun als die einzigen direkten Profiteure steuerfinanzierter Sozialprogramme erscheinen. Deshalb war der bisherige Sozialstaat kluger Weise auch nie ‚nur für die Armen‘ da. Vielmehr bot er gerade den aufstiegsorientierten Mittelschichten erhebliche Vergünstigungen, etwa bei der Lebensstandardsicherung in der Rentenversicherung, bei der freien Einschreibung an Schulen und Hochschulen oder beim kostenlosen Frequentieren von Ärzten und Krankenhäusern.

Ein Sozialstaat dagegen, der diese mittelschicht-sintegrative Grundstruktur abbaut, schlägt den Weg zu seiner systematischen Selbstdemontage ein. Statt die sozialen Konfliktlagen moderner Gesellschaften effizient und klug abzufedern, intensiviert er sie. Er stachelt dann selbst den ‚Klassenhass‘ der Mittel- gegenüber den Unterschichten an und gefährdet damit die kulturellen Grundlagen jenes sozialen Friedens, der schon immer seine zentrale *raison d'être* war. Die in Sachen *underdog*-Kultur und -moral deutlich difamatorisch aufgeladenen Untertöne der jüngst ausgebrochenen ‚Unterschichten-Debatte‘ sprechen hier bereits eine deutlich Sprache.

Wenn man um die Einsicht nicht herumkommt, dass wir am Ende doch ‚alle in einem Boot sitzen‘, dass wir irgendwie alle voneinander abhängig sind, dann erhalten öffentliche Selbstverständigungsdebatten im Rahmen einer diskursiven Demokratie eine neue Dringlichkeit. Denn dann kann man nicht mehr auf Strategien individueller Marktsteuerung setzen. Vielmehr muss man wohl oder übel gemeinschaftlich beraten, was für die ‚Wohlfahrt des Staatsschiffes‘ heute tunlich ist, welche Institutionen und Regeln für die Zu-

kunftsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandorts und die Leistungsfähigkeit unseres Sozialsystems sinnvoll und vorzuzugwürdig, klug und nachhaltig, gerecht und effizient sind. Die Chancen solcher Debatten sollte man dabei nicht zu gering veranschlagen. Denn auch wenn in diesem Feld massive Verteilungskämpfe zwischen ungleichen Interessengruppen toben, die nur zu gerne mit verdeckten Karten spielen, blieben hier für einen ‚öffentlichen Vernunftgebrauch‘ noch immer aussichtsreiche Chancen, zumal dann, wenn diese Debatten von einer lebendigen Zivilgesellschaft und einer aufmerksamen Öffentlichkeit begleitet werden.

Im Verlauf solcher Debatten könnte sich dann möglicherweise herausstellen, dass ein Markt-system mit individuellen Anreizstrukturen und einer hohen Wertschätzung personaler Erstverantwortung unter Inkaufnahme sozialer Ungleichheiten und bei Gewährleistung adäquater Standards sozialer Sicherheit nicht nur das durchschnittliche Wohlstandsniveau der Gesellschaft insgesamt erhöht, sondern auch für die Armen und Schwachen vorteilhaft und zustimmungsfähig sein könnte, also nicht nur ökonomischen, sondern auch ethischen Richtigkeitskriterien zu genügen vermag. Aber wie auch immer: dies alles wird nicht ohne Streit und Ungemach an Bord abgehen. Immerhin aber können sich in diesem Streit alle darüber vergewissern, dass es auf stürmischer See immer noch besser ist, an Bord zu bleiben, als entnervt aus dem schwerfälligen Tanker der Solidarität auszusteigen und es hinfort allein in der flexiblen Nusschale der Eigenverantwortung zu versuchen.

Anmerkung:

¹ Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, Hannover-Bonn 1997, 111 S. Dieser Text erschien nach einem breit angelegten dreijährigen Konsultationsprozess mit über 4.000 Veranstaltungen und auf der Grundlage von etwa 2.500 Eingaben mit ca. 30.000 Textseiten Gesamtumfang Ende Februar 1997 in einer schon bald vergriffenen Startauflage von 400.000 Exemplaren. 